

"Zukunftsfähiger Bodensee"

Autor(en): **Jacoby, Harald**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rorschacher Neujahrsblatt**

Band (Jahr): **89 (1999)**

PDF erstellt am: **22.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-947432>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

top down-Ansatz, wenn die Euregio an Profil und Ausstrahlung gewinnen soll.

Wohin soll die Reise denn eigentlich gehen? Was wollen wir werden? Wie stellen wir uns die gemeinsame Zukunft vor? Genügt ein Netzwerk emsiger nachbarschaftlicher Zusammenarbeit – das es im übrigen schon seit vielen Jahrzehnten gibt –, oder müsste die Euregio nicht vielmehr ein Programm sein, ein politischer Gestaltungsraum mit klaren Konturen, ein lebendiger Organismus mit eigenen Ansprüchen und verpflichteten Gremien? Das ist nie ausdiskutiert, nie wirklich festgelegt worden.

Grenzüberschreitende Kooperation ist eine Sache. Die Menschen sind da ohnehin fabelhaft ideenreich. Nichts kann sie hindern – kein Drahtzaun, kein Schlagbaum, keine Zöllner –, sich auszutauschen und miteinander zu geschäften. Doch wer die Vokabel «Euregio Bodensee» im Munde führt – und sie geht den Politikerinnen und Politikern nur allzu geschmeidig über die Lippen –, der muss etwas anderes im Sinn haben, muss von einer anderen Vision erfüllt sein.

Tatbeweise statt Beschwörungsformeln

Hier besteht dringender Klärungs- und Handlungsbedarf auf allen politischen Ebenen der beteiligten Anrainer und Euregio-Partner. Ohne Prospekte keine Projekte!

Die Internationale Bodenseekonferenz sollte ihren Rhythmus erhöhen und die Durchsetzung ihrer Beschlüsse verbessern. Das Instrumentarium ist ebenso auszubauen wie die finanziellen Mittel zu erhöhen sind, die der IBK für die Euregio-Entwicklung zur Verfügung stehen. Die IBK muss als Exekutive insgesamt initiativer und ambitionierter werden und vermehrt Massnahmen ergreifen, die den Bodenseeraum zusammenschmieden.

Der Bodenseerat sollte in den nächsten Jahren de-

mokratisiert und zum «Parlament» der Euregio gemacht werden. Er muss die Bevölkerung in ihrer Vielfalt spiegeln und vertreten, also aus gewählten oder von Parlamenten abgeordneten Vertreterinnen und Vertretern bestehen. Zwischen IBK und Bodenseerat muss die Zusammenarbeit institutionalisiert werden, damit ein spannendes und fruchtbares Miteinander entsteht.

Das Euregio-Büro in Konstanz sollte gestärkt und sein Wirkungskreis erweitert werden. Nach Möglichkeit sind weitere Anlaufstationen zu schaffen und zu einem eigenen kleinen, bürgernahen Netzwerk von Beratungs- und Clearingstellen zu vereinen.

Den Kulturraum erlebbar machen

Gezielte Anstrengungen sind vor allem auf dem Gebiete des kulturellen Austauschs angezeigt. Nichts schafft unter den Menschen mehr Verbundenheit und Zusammengehörigkeitsgefühl als die Erfahrung, einem gemeinsamen, historisch gewachsenen Kulturraum anzugehören und in vielem gleich zu denken, zu empfinden, zu erleben.

Im übrigen muss das Rad ja keineswegs neu erfunden werden. Andere Regionen, die schon weiter sind als das Bodenseegebiet, leben uns in vielfältiger und zugleich anschaulicher Weise vor, was an ideenreicher grenzüberschreitender Zusammenarbeit möglich ist, welche Versuche wenig brachten, welche Vorhaben zündeten und die Bevölkerung hüben und drüben hinter sich scharten.

Wenn nämlich die Menschen spüren, dass die Euregio Bodensee mehr ist als eine politische Worthülle, nämlich ein bereichernder Bezugsrahmen für ihre Gemeinschaft, für ihr nachbarschaftliches Zusammenleben, letztlich sogar für ihr partnerschaftlich geteiltes Wohlergehen, dann werden sie sie auch begeistert mittragen, dann wird sogar das Wir-Gefühl entstehen, das heute noch weitgehend fehlt.

«Zukunftsfähiger Bodensee»

Gerade schien es noch verwegen und visionär, Entwürfe für das 21. Jahrhundert zu präsentieren. Und schon klingt es abgedroschen: «Auf dem Weg in das dritte Jahrtausend!» Die Absichten für das nächste Millennium sollten längst klare Konturen angenommen haben. Gewiß: Planer, Strategen, Politiker und Lobbyisten waren fleißig. Auch die privaten Natur- und Umweltorganisationen, in denen sich Bürgerinnen und Bürger des gesamten Bodenseeraums für eine intakte, lebenswerte Umwelt engagieren, sehen sich aufgerufen, ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der REGIO BODENSEE zu leisten. Doch läßt sich aus den Zukunftsentwürfen und Prognosen, die sich auf globale Märkte und interkontinentale Verflechtungen stützen, andererseits auch die Ausrichtung auf regionale Werte und Perspektiven fordern, ein gangbarer Weg für die Bodenseeregion finden?

Bedeutsame, allerdings weitgehend abstrakte Begriffe wie *Agenda 21*, *Agenda 2000* oder *Natura 2000* geistern durch die Köpfe und die Medien. Hinter die-

ser keineswegs zufälligen Auswahl spröder Titel stehen Programme mit europa- und weltweiten Konsequenzen für Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz.

Allem übergeordnet ist die *Agenda 21* – das Aktionsprogramm der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio de Janeiro. Dieses globale Pflichtenheft für das 21. Jahrhundert vertritt die Politik der dauerhaft umweltverträglichen Entwicklung und gibt detaillierte Handlungsaufträge zur Bekämpfung von Armut und Umweltzerstörung. Der Appell von Rio ist Auftrag für ein neues Denken und Handeln auf allen Ebenen nach dem Motto: «Global denken, lokal handeln!»

Ideale Rahmenbedingungen für die regionale Anwendung der *Agenda 21* bietet ohne Zweifel der internationale Bodenseeraum mit seinem ökologischen Kapital und der gemeinsamen Verpflichtung zur Erhaltung einer leistungsfähigen Umwelt. Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) hat mit dem Projekt

Harald Jacoby

Bodensee-Agenda 21 ein regionales Entwicklungskonzept in Angriff genommen, das zu einer nachhaltigen Entwicklung von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft beitragen soll. Die Basis bildet das Bodenseeleitbild der IBK von 1994, das als Entwicklungsziel die dauerhaft umweltgerechte Sicherung und Gestaltung der Bodenseeregion als Lebensraum in Europa bereits in den Mittelpunkt stellt. In den einzelnen Handlungsfeldern des Leitbilds treten jedoch erhebliche Widersprüche zutage.

Die bestehenden Interessengegensätze können auch mit dem Start der *Bodensee-Agenda 21* nicht aus der Welt geschafft werden. Aber durch eine intensive Vernetzung der regionalen Kräfte kann es gelingen, das Problem- und Zielbewußtsein zu schärfen und ein schlüssiges Gesamtkonzept zu entwickeln. Die Projektstrategen haben erkannt, daß ein Klima des gegenseitigen Vertrauens notwendig ist, um den gesellschaftlichen Konsens und übereinstimmende Werte zu erreichen.

Zu diesem Weg gibt es keine Alternative. Für ein gedeihliches Miteinander und ein zukunftsbeständiges Wirtschaften in der internationalen Region braucht es die Bereitschaft, die einzigartigen Struktur- und Leistungsmerkmale des Bodensees und seines Umlands zu erkennen und prioritär zu fördern. Ihre Fähigkeit, Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben die Seeanrainerstaaten im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts bei der Sanierung des Bodensees in einer beispielhaften Solidarleistung unter Beweis gestellt.

Stand bisher die «Reparatur» der Umwelt – z.B. die Beseitigung der Überdüngung des Sees – im Vordergrund, ist im 21. Jahrhundert ein ganzheitlicher, präventiver Gewässerschutz gefordert, der darauf ausgerichtet ist, mögliche Belastungen durch umweltschonendes Wirtschaften zu vermeiden. Noch stärker als bisher müssen deshalb Projekte, Verfahren und Produkte gefördert werden, die zur dauerhaften Sicherung der natürlichen Funktionen und der Regenerationsfähigkeit des Ökosystems Bodensee beitragen.

Als Trinkwasserspeicher für 4,5 Millionen Menschen und gleichzeitig als gefragter Siedlungs-, Wirtschafts- und Erholungsraum für weitere Millionen ist das Ökosystem Bodensee einer starken Dauerbelastung ausgesetzt. Ein dichtes Straßennetz mit hohem Verkehrsaufkommen durchzieht die Region. Das milde Klima begünstigt landwirtschaftliche Intensivkulturen. Als natürliches Großreservoir für Trinkwasser und als bedeutender Erholungsraum erbringt das Bodenseegebiet Leistungen, die weit über die Grenzen der Region hinaus gebraucht und geschätzt werden. Und trotz dieser Vielzahl von Interessen und Belastungen blieb eine bemerkenswerte Fülle an Naturreichtum erhalten.

Es braucht eine aufgeschlossene und kooperationsbereite Region, die ihre Stärken und Potentiale kennt, aber auch um die Risiken weiß, die mit einer Schwächung des charakteristischen Regionalprofils verbunden sind. Der Erfolg des neuen Entwicklungskonzepts der IBK wird nicht nur von der fachlichen Qualität des Entwurfs abhängen, sondern entscheidend davon, wie stark Gremien und Medien, vor allem aber regionale Wirtschaft und Öffentlichkeit motiviert und in den Gesamtprozeß einbezogen werden können.

Als vorrangige Handlungsfelder und inhaltliche Akzente für eine *Bodensee-Agenda 21* zeichnen sich ab:

Als größte Herausforderung für die internationale Region stellt sich im Bereich Raumordnung die Aufgabe, die weitere Zersiedlung der Landschaft und den Flächenverbrauch zu stoppen. Die Siedlungsentwicklung muß stärker als bisher auf einen verantwortungsbewußten Umgang mit Grund und Boden ausgerichtet werden. Angesichts des bereits bestehenden Nutzungsdrucks dürfen vor allem im Uferbereich keine weiteren Flächen überbaut werden. Dabei spielt die verlässliche Einbindung der kommunalen Planungshoheit in die übergeordnete Regionalplanung eine zentrale Rolle.

Mit hoher Priorität muß das Verkehrssystem der Region zu einem schlüssigen grenzüberschreitenden Verbund entwickelt werden. Vor allem sind die erfreulichen Verbesserungen im öffentlichen Bahn-, Bus- und Schiffsverkehr weiterhin zu fördern, um die Belastungen zu reduzieren, die vom motorisierten Individualverkehr ausgehen. Eine überzeugende Tarifgestaltung und eine leicht zugängliche und verständliche Mobilitätsberatung für Einheimische und Gäste sind wichtig für die Akzeptanz und den Erfolg einer umweltgerechten Mobilität am Bodensee.

Die facettenreiche Kulturlandschaft ist nur durch eine natur- und sozialverträgliche Land- und Forstwirtschaft zu sichern. Die regionale Vermarktung umweltgerecht produzierter Güter muß gefördert werden, um die gewachsene Struktur der Landschaft und die Natur- und Artenvielfalt zu bewahren. Sind es doch Land- und Forstwirte, die auf über 80% der Fläche durch ihre Tätigkeit auch künftig das Aussehen der Kulturlandschaft Bodensee entscheidend prägen werden. Die ökologische und ästhetische Qualität sowie die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bodenseelandschaft hängt einerseits von den übergeordneten agrarpolitischen Vorgaben, doch andererseits auch von den regionalpolitischen Weichenstellungen ab.

Die Stärkung des ökologischen Wirtschaftens und der Nahversorgung kann zur Etablierung regionaler Wirtschaftskreisläufe führen. Gute Ansätze in dieser Hinsicht zeigt bereits das Land Vorarlberg mit der Initiative «Lebenswert leben».

In den Bereichen Bildung und Solidarität geht es vorrangig um die Schaffung eines grenzüberschreitenden Bildungsraums, die Förderung einer regionalen Identität und die Sicherung der kulturellen Vielfalt. Schließlich ist eine breite öffentliche Beteiligung am Agendaprozeß erforderlich, und bestehende lokale Agenda-Initiativen sollten grenzüberschreitend vernetzt werden.

Die meisten dieser inhaltlichen Ansätze sind nicht völlig neu, sie bestimmen in modifizierter Form auch die Diskussion um die Zukunft in anderen Regionen. Doch der internationale Bodenseeraum hat aufgrund seiner ausgeprägten Umweltorientierung und bereits bestehenden Verflechtungen beste Voraussetzungen, als grenzüberschreitende Region überzeugende Signale für eine umfassend nachhaltige Entwicklung zu setzen.

Der Bodenseeraum braucht die IBK als koordinierende politische Kraft und als Impulsgeberin für ein zukunftsorientiertes Programm, das von den Gebietskörperschaften getragen und umgesetzt wird. Die bereits in mehreren Gemeinden gestarteten

lokalen Agenden und Projekte ähnlicher Zielsetzung sind wichtige Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene.

Auch das Projekt «Zukunftsfähiger Bodensee» der Bodensee-Stiftung bietet eine Vielzahl von Ideen, Anknüpfungspunkten und Umsetzungsmöglichkeiten für Projekte und Aktionen im Sinne der *Bodensee-Agenda 21*. Die Bodensee-Stiftung und ihre Partner sehen ihre bisherige Projektarbeit als Bausteine für eine nachhaltige Entwicklung der Bodenseeregion. Das bereits bestehende Kooperationsnetz ökologisch innovativer Kräfte aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden ist nicht nur ein besonderes Merkmal des Projekts «Zukunftsfähiger Bodensee», sondern auch ein Grundstock für den Aufbau einer seeumgreifenden bürgerschaftlichen Beteiligung an der *Bodensee-Agenda 21*.

Die Initiative «Zukunftsfähiger Bodensee» konzentriert sich auf die regional bedeutsamen Handlungsfelder Landwirtschaft, Forst- und Holzwirtschaft, Tourismus und Mobilität sowie Schifffahrt. Ziel des Projektes ist es, an praktischen Beispielen zu zeigen, wie die Umweltqualität verbessert und die Naturressourcen nachhaltig genutzt werden können. Gemeinsam mit regionalen Partnern will die Bodensee-Stiftung deutlich machen, daß sich der Schutz von Natur und Umwelt für die Wirtschaft lohnt.

Das Teilprojekt «Naturprodukte an Bord der Weißen Flotte» will Spezialitäten der Region aus biologischer Produktion zu einem Kennzeichen der Gastronomie auf Kursschiffen und Fähren entwickeln. Biobauern erhalten praktische Hilfe, um ihre Erzeugnisse besser vermarkten zu können, und Gastwirte werden motiviert, aus regionalen Bioprodukten typische Gerichte zuzubereiten. Der bereits in der 4. Auflage erschienene Führer «Naturkost vom Bodensee» bietet Adressen und Tips für den qualitätsbewußten Konsumenten.

Die Förderung des naturnahen Waldbaus und die stärkere Verwendung von heimischem Holz, vor allem das Bauen mit heimischem Holz und die Unterstützung der innovativen «Brettstapelbauweise», stehen im Vordergrund des Holz- und Forstprojekts.

Eine Kette von Ökocampingplätzen soll zum Markenzeichen der Tourismusregion werden. Das elektronische Informationssystem «BodenseeClick» für Tourismus, Umwelt und Mobilität erleichtert Gästen und Einheimischen mobile Erholung mit Bahn, Bus und Schiff und schont Natur und Umwelt.

Im Handlungsfeld Schifffahrt werden Tips für einen naturverträglichen Wassersport gegeben, Regattaveranstalter beraten und der Einsatz umwelt- und wasserschonender Technik und Materialien gezeigt. Die Bodenseestandards können Gütezeichen für einen ganzheitlichen Gewässerschutz werden.

Neben den regionalen Projektpartnern tragen als Förderer zur Realisierung des Projekts «Zukunftsfähiger Bodensee» in besonderem Maße bei: Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Lever GmbH, Stiftung Naturschutzfonds beim Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg, Europäische Kommission und Deutsche Umwelthilfe.

Was sind die Ziele der Bodensee-Stiftung? Sie «stiftet» an zu Projekten und Aktivitäten zum Schutz von Natur, Landschaft und natürlichen Ressourcen in der internationalen Bodenseeregion. Im Vordergrund steht die Förderung nachhaltiger Wirtschaftsformen.

Die Bodensee-Stiftung ist aus dem 1990 gestarteten «Bodensee-Umweltschutzprojekt» der Deutschen Umwelthilfe hervorgegangen. Stifter sind folgende Umweltorganisationen mit ihren regionalen Untergliederungen: Pro Natura Schweiz, World Wide Fund for Nature Schweiz (WWF), Österreichischer Naturschutzbund (ÖNB), Naturschutzbund Deutschland (NABU), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Deutsche Umwelthilfe (DUH).

Der «Umweltrat Bodensee» ist der Fachbeirat der Bodensee-Stiftung. Vertreter von 18 Umweltschutzgruppen aus den drei Seeanrainerstaaten treten regelmäßig zusammen, um Informationen auszutauschen und Aktionen abzustimmen.

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit und die Erfahrungen aus den Projekten können für andere Seen und Grenzregionen von großem Interesse sein. Der Bodensee ist einer von sechs «Living Lakes» – einer internationalen Seenpartnerschaft. Die Stiftung Global Nature Fund und die Deutsche Umwelthilfe haben dieses Netz ins Leben gerufen, damit Umweltorganisationen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung in ihrer Region einsetzen, Erfahrungen austauschen und gemeinsame Kampagnen realisieren können. Das mit zunächst je einem See in den USA, in Japan, Südafrika, Spanien und Griechenland gestartete Projekt soll bis zum Jahr 2000 auf 20 Partner erweitert werden.

Es braucht jetzt politische Entschlossenheit und überzeugende Impulse für eine große Bodensee-Allianz, die auf den ökologischen, ökonomischen und sozialen Säulen der Nachhaltigkeit ruht. Dann ist die REGIO BODENSEE mehr als eine Vision.